

Dringliche Anfrage

Fraktion der SPD

Hannover, den 2. 10. 1987

Betr.: Besteuerung von betrieblichen Zusatzleistungen/Jahreswagen

Nach verschiedenen Zeitungsmeldungen, die vor allem auf einer Mitteilung des baden-württembergischen Finanzministers beruhen, soll zur Finanzierung der für 1990 geplanten Steuerentlastungen auch die bisher gewährte Steuerfreiheit für betriebliche Zusatzleistungen entfallen. Statt einer gesetzlichen Regelung zur rechtlich einwandfreien Absicherung dieser Steuerbefreiung soll offenbar die gesamte Regelung gestrichen werden. Auf eine große Zahl niedersächsischer Arbeitnehmer werden im Fall der Verwirklichung steuerliche Mehrbelastungen in Höhe von 1 000 DM und mehr zukommen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind ihr die vom baden-württembergischen Finanzminister dargestellten Pläne des Bundesfinanzministers bekannt?
2. Wie beurteilt sie die vorgesehene Abschaffung der Steuerfreiheit für Jahreswagen und andere betriebliche Zusatzleistungen?
3. Welche anderen Pläne zum Abbau von Steuerbefreiungen, die Arbeitnehmer begünstigen, werden im Bundesfinanzministerium gegenwärtig zur Finanzierung der Steuerentlastungen geplant?

Wernstedt
Stellv. Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 7. 10. 1987)